

## **Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der AG Sauberer Sprengelkiez zur Abgeordnetenhauswahl 2026**

Sehr geehrte Frau Kölling,  
sehr geehrte Frau Springer,  
sehr geehrter Herr Conze-Roos,  
sehr geehrte Frau Stasiuk,  
sehr geehrter Herr Egle,  
sehr geehrte Frau Schütz,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine und vor allem für Ihr kontinuierliches Engagement für saubere und lebenswerte Kieze. Dass Bürger vor Ort selbst Verantwortung übernehmen, Probleme dokumentieren, aufräumen und zugleich strukturelle Verbesserungen einfordern, verdient Anerkennung.

Für uns Freie Demokraten ist Sauberkeit im öffentlichen Raum keine Nebensache. Sie gehört zu den grundlegenden Leistungen einer funktionierenden Stadt. Parks, Straßen, Plätze und Grünanlagen sind gemeinsam genutzte Räume. Wer sie vermüllt oder Abfälle illegal entsorgt, beeinträchtigt die Lebensqualität aller Menschen, die diese Orte nutzen. Gleichzeitig darf der Staat die Verantwortung für Sauberkeit nicht auf ehrenamtliche Initiativen verlagern. Bürgerschaftliches Engagement kann staatliche Leistungen ergänzen, aber nicht ersetzen.

Dementsprechend wollen wir die Verantwortlichkeiten klarer ordnen, die BSR stärker einbinden, moderne Technik nutzen und dort, wo Regeln verletzt werden, deren Durchsetzung verbessern. Dabei gilt für uns: Prävention, eine leistungsfähige Entsorgungsinfrastruktur und konsequenter Vollzug gehören zusammen.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt.

### **1. Infrastruktur und Entsorgungskapazitäten**

**Wie positionieren Sie sich zur Einrichtung kleinerer, dezentraler und wohnortnaher Recyclinghöfe? Anmerkung: Im Bereich Wedding gibt es aktuell keinen Recycling-Hof.**

Wir teilen das Anliegen, Entsorgungsmöglichkeiten für die Berliner möglichst gut erreichbar und niedrigschwellig zugänglich zu machen. Wer Sperrmüll, Elektrogeräte

oder andere Wertstoffe ordnungsgemäß entsorgen will, sollte dafür keine unnötig hohen praktischen Hürden überwinden müssen. Gerade dort, wo Recyclinghöfe schlecht erreichbar sind oder erhebliche Wege zurückgelegt werden müssen, sollte deshalb geprüft werden, wie das Angebot verbessert werden kann.

Wir wollen bei der Errichtung neuer Recyclinghöfe eine gute ÖPNV-Anbindung sicherstellen. Zusätzlich wollen wir neben der regulären Abgabe ein onlinebasiertes und kostenpflichtiges Zeit-Ticket-System anbieten, mit dem sich Wartezeiten vermeiden lassen. BSR-Kieztage wollen wir häufiger und an mehr Orten anbieten. Sperrmüll soll nach vorheriger Abstimmung mit der BSR gebührenfrei abgeholt werden können. Damit verfolgen wir bewusst mehrere Ansätze gleichzeitig: leistungsfähige Recyclinghöfe, mobile beziehungsweise temporäre Angebote in den Kiezen und eine möglichst unkomplizierte Abholung.

Den Vorschlag kleinerer dezentraler Recyclinghöfe halten wir deshalb grundsätzlich für sinnvoll und prüfenswert. Entscheidend ist für uns, die Entsorgungsangebote dort auszubauen, wo für viele Menschen heute weite Wege oder nur eingeschränkte Möglichkeiten bestehen. Dabei wollen wir die konkrete Situation vor Ort in den Mittelpunkt stellen: Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeit, geeignete Flächen, Verkehrsbelastung und die Frage, welche Abfallarten an einem Standort sinnvoll angenommen werden können. So können unterschiedliche Lösungen entstehen, die zum jeweiligen Kiez passen und den Berlinern die ordnungsgemäße Entsorgung möglichst einfach machen.

Für den Wedding bedeutet das aus unserer Sicht: Die bestehende Versorgungslücke muss bei einer berlinweiten Standort- und Kapazitätsplanung ausdrücklich berücksichtigt werden. Wo ein vollwertiger Recyclinghof kurzfristig nicht realisierbar ist, können zusätzliche Kieztage, mobile Angebote oder geeignete dezentrale Annahmestrukturen Teil der Lösung sein.

**Wie plant Ihre Partei, eine bedarfsgerechte Platzierung von Mülleimern sicherzustellen, die sich nach der tatsächlichen Beanspruchung der Orte richtet (z. B. größere Behälter an Hotspots und viel frequentierten Bereichen wie dem Nordufer)?**

Genau eine solche bedarfsgerechte Steuerung wollen wir erreichen. Wir wollen das Angebot beziehungsweise die Entleerungsfrequenz von Mülleimern, Tonnen und Behältern in Parkanlagen deutlich erhöhen. Wo Behälter regelmäßig überfüllt sind, reicht es nicht, nach einem starren Standard immer denselben Behälter im selben Intervall zu leeren. An stark frequentierten Standorten müssen größere Kapazitäten oder kürzere Leerungsintervalle möglich sein. Unterflursysteme wollen wir zunehmend als

Standard etablieren, weil sie erheblich größere Mengen aufnehmen können, ohne den öffentlichen Raum unnötig zu beeinträchtigen.

Darüber hinaus wollen wir zunächst in Testgebieten öffentliche Abfallbehälter mit digitalen Füllstandssensoren ausstatten. Diese können den tatsächlichen Füllstand automatisiert melden und so eine noch bedarfsgerechtere Planung von Leerungsintervallen und Fahrwegen ermöglichen. Das ist gerade an Orten mit stark schwankender Nutzung sinnvoll: Ein sonniges Wochenende am Nordufer erzeugt einen anderen Bedarf als ein regnerischer Werktag. Mit solchen digitalen Lösungen können die vorhandenen Kapazitäten gezielter eingesetzt und stark frequentierte Orte schneller berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist eine Sauberkeitspolitik, die sich stärker am tatsächlichen Bedarf orientiert und vorhandene Daten besser nutzt. Gerade an bekannten Hotspots sollten deshalb Beanspruchung, Füllstände und wiederkehrende Verschmutzung systematisch ausgewertet und die Entsorgungsangebote entsprechend angepasst werden.

## **2. Prävention und Vermeidung**

**Welche konkreten Konzepte verfolgen Sie zur Vermeidung von Verpackungsmüll im Bezirk und auf Landesebene und in welchem Zeitrahmen sollen diese durchgesetzt werden?**

Unser Ausgangspunkt ist die Abfallhierarchie: Müll, der gar nicht erst entsteht, muss weder gesammelt noch transportiert, sortiert oder beseitigt werden. Deshalb wollen wir Berlin zu einem europäischen Vorbild für eine Zero-Waste-Großstadt entwickeln und eine leistungsfähige Recyclingwirtschaft sowie funktionierende Kreisläufe stärken.

Bei Verpackungsmüll setzen wir dabei vorrangig auf funktionierende Mehrweg- und Rücknahmesysteme, auf echte Kreislauffähigkeit und auf Anreize, durch die Abfallvermeidung für Hersteller, Handel und Verbraucher praktikabel wird. Berlin sollte dort, wo es selbst Beschaffer oder Veranstalter ist, ebenfalls auf recyclingfähige und ressourcenschonende Lösungen achten.

Wir sind allerdings zurückhaltend gegenüber einem immer kleinteiligeren Berliner Sonderrecht für einzelne Verpackungsarten. Viele produkt- und verpackungsrechtliche Vorgaben werden sinnvollerweise auf Bundes- oder europäischer Ebene geregelt, weil Hersteller und Handelsketten nicht an Berliner Bezirksgrenzen operieren. Wir halten es für wirksamer, bestehende Rücknahme- und Kreislaufsysteme konsequent durchzusetzen und marktwirtschaftlich weiterzuentwickeln, als zwölf verschiedene bezirkliche Regulierungsansätze zu schaffen.

Die im Wahlprogramm vorgesehenen Maßnahmen zur besseren Müllentsorgung, zu intelligenten Entsorgungsstrukturen und zur Digitalisierung wollen wir frühzeitig in der kommenden Wahlperiode angehen. Bei weitergehenden Fragen der Verpackungsvermeidung setzen wir uns dafür ein, wirksame Lösungen auf der jeweils geeigneten politischen Ebene voranzubringen. Entscheidend ist für uns, dass Maßnahmen tatsächlich zu weniger Verpackungsmüll führen, für Verbraucher praktikabel sind und Unternehmen verlässliche sowie einheitliche Rahmenbedingungen bieten.

**In welcher Form werden Sie aktiv auf Unternehmen zugehen, um die Einhaltung der Rücknahmepflichten für verkaufte Produkte deutlich sichtbarer und verbindlicher einzufordern?**

Rechtlich bestehende Rücknahmepflichten müssen tatsächlich eingehalten werden. Für uns ist dabei allerdings wichtig, zwischen mangelnder Information und bewusster Rechtsverletzung zu unterscheiden.

Wo Unternehmen ihre Pflichten nicht ausreichend kenntlich machen, halten wir zunächst klare, digital zugängliche Informationen und eine verständliche Kommunikation der zuständigen Behörden für sinnvoll. Kammern, Branchenverbände und Handelsorganisationen können dabei wichtige Multiplikatoren sein. Für Verbraucher sollte ohne aufwendige Recherche erkennbar sein, welche Produkte wo zurückgenommen werden müssen.

Wo bestehende gesetzliche Pflichten dagegen trotz Aufklärung bewusst missachtet werden, ist der richtige Weg nicht eine weitere freiwillige Vereinbarung, sondern der Vollzug des geltenden Rechts. Ein Rechtsstaat gewinnt nicht dadurch an Glaubwürdigkeit, dass er immer neue Vorschriften erlässt, sondern dadurch, dass nachvollziehbare Vorschriften auch angewandt werden.

Zusätzliche Dokumentationspflichten allein um ihrer selbst willen lehnen wir ab. Unser Anspruch ist eine Regulierung, die kontrollierbar und vollziehbar ist und tatsächlich zu höheren Rücknahmequoten führt.

### **3. Sanktionierung und Kontrolle**

**An welchen konkreten und nachprüfbaren Kennzahlen wollen Sie die Sauberkeit resp. den Verschmutzungsgrad im Kiez messen? (Meldequoten bei der OA-App, Rückmeldungen der Clean-Up Gruppen, Zufriedenheitserhebungen, weiteres?)**

Eine seriöse Steuerung darf sich nicht auf eine einzige Kennzahl beschränken. Eine hohe Zahl von Meldungen in einer App kann beispielsweise sowohl besonders starke Verschmutzung als auch besonders engagierte Bürger bedeuten. Eine sinkende

Meldezahl kann umgekehrt bessere Sauberkeit bedeuten – oder lediglich Frustration darüber, dass Meldungen nicht bearbeitet werden. Wir würden deshalb mehrere Kennzahlen miteinander verbinden.

Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere die Zahl und räumliche Verteilung gemeldeter Verschmutzungen, die Zeit zwischen Meldung und Beseitigung, die Zahl wiederkehrender Ablagerungen am selben Standort, Überfüllungszeiten von Abfallbehältern, tatsächliche Leerungsintervalle und die Entwicklung bekannter Hotspots. Ergänzend sind regelmäßige standardisierte Sauberkeitserhebungen sinnvoll. Auch Rückmeldungen lokaler Initiativen und Zufriedenheitserhebungen können das Lagebild ergänzen.

Besonders wichtig ist uns, nicht nur Inputs zu messen – also beispielsweise, wie viele Reinigungseinsätze stattgefunden haben –, sondern Ergebnisse: Wie lange bleibt eine illegale Ablagerung tatsächlich liegen? Wie oft tritt sie an derselben Stelle erneut auf? Wie entwickelt sich ein Hotspot nach einer konkreten Intervention?

Das entspricht unserem Konzept einer datengetriebenen Verwaltung. Digitale Lagebilder sollen dabei helfen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Maßnahmen besser zu koordinieren und ihre Wirkung nachvollziehbar zu bewerten. Im Bereich der Abfallentsorgung wollen wir zusätzlich Füllstandssensoren und digitale Fahrwegplanung erproben.

Die Hinweise und Erfahrungen von Clean-Up-Gruppen sollten dabei ausdrücklich einfließen. Wer regelmäßig dieselben Straßen und Grünflächen reinigt, verfügt über Wissen, das in aggregierten Verwaltungsdaten nicht zwangsläufig sichtbar wird. Die Verantwortung für die systematische Datenerhebung und Bewertung bleibt jedoch bei der öffentlichen Hand.

**Die Bußgelder für illegale Müllentsorgung wurden angehoben. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass diese Sanktionen auch effektiv durchgesetzt werden?**

Die Höhe eines Bußgeldes allein beseitigt keinen Müll. Eine Sanktion entfaltet vor allem dann Wirkung, wenn ein hinreichendes Risiko besteht, bei einem Verstoß entdeckt und tatsächlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Wir fordern ausdrücklich eine härtere Sanktionierung illegaler Entsorgung. Für uns gehört dazu vor allem ein wirksamer Vollzug: bekannte Hotspots müssen systematisch erfasst werden, Hinweise müssen schnell zwischen BSR, Ordnungsbehörden und gegebenenfalls Polizei weitergegeben werden, und festgestellte Verstöße müssen konsequent bearbeitet werden.

Besonders wichtig ist, Wiederholungsschwerpunkte zu erkennen. Wenn an einem Standort fortlaufend größere Mengen Sperr- oder Gewerbemüll abgeladen werden, handelt es sich nicht mehr um einen zufälligen Einzelvorfall. Dann müssen Kontrollen, Ermittlungsansätze und gegebenenfalls ordnungsrechtliche Maßnahmen gezielt auf diesen Ort konzentriert werden.

Gleichzeitig wollen wir legale Entsorgung möglichst einfach machen. Die von uns geforderte gebührenfreie Sperrmüllabholung nach Abstimmung mit der BSR, häufigere Kieztage und eine bessere Zugänglichkeit der Recyclinghöfe senken die praktischen Hürden für ordnungsgemäßes Verhalten. Unser Ansatz lautet deshalb: legale Entsorgung einfacher machen und vorsätzliche illegale Entsorgung konsequenter verfolgen.

**Sollten die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes hierfür verstärkt eingesetzt oder mit neuen Kompetenzen ausgestattet werden?**

Wir wollen, dass Ordnungsämter ihre Kernaufgaben tatsächlich erfüllen können. Dazu gehört auch die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Raum.

Die Überwachung der illegalen Müllentsorgung soll durch die Ordnungsämter gegenüber anderen Aufgaben priorisiert werden. Dazu sollen zusätzliche Stellen im Allgemeinen Ordnungsdienst geschaffen werden. Ergänzend wollen wir vollständig digitale Verfahren, klare Verantwortlichkeiten und moderne Technik nutzen, damit die vorhandene Arbeitszeit möglichst wirksam im Außendienst und bei der Bearbeitung relevanter Vorgänge ankommt.

Neue Kompetenzen sollten wir nicht abstrakt verteilen. Jede zusätzliche Eingriffsbefugnis muss einen konkreten Bedarf haben, rechtssicher ausgestaltet und verhältnismäßig sein. Der Schwerpunkt liegt deshalb zunächst auf einer klaren Priorisierung der Aufgabe und zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Ordnungsdienst.

**Wie sehen Ihre Konzepte für ein zukunftsorientiertes Ordnungsamt (strukturell, personell, kompetenzorientiert) aus? In welchem Zeitrahmen wollen Sie diese durchsetzen?**

Ein zukunftsorientiertes Ordnungsamt ist für uns vor allem ein Ordnungsamt, das möglichst wenig Zeit mit internen Medienbrüchen, Doppelzuständigkeiten und manueller Datenerfassung verliert und möglichst viel Zeit für seine eigentlichen Aufgaben hat.

Strukturell wollen wir die Berliner Verwaltung grundlegend neu ordnen. Die bezirklichen Verwaltungen sollen perspektivisch in die Landesebene überführt werden, um Doppelzuständigkeiten abzuschaffen und einheitliches Verwaltungshandeln zu ermöglichen. Zuständigkeiten müssen eindeutig sein; parallel arbeitende Behörden und unterschiedliche Vollzugspraxen bei demselben Berliner Recht wollen wir überwinden.

Personell setzen wir auf eine zentrale Personalsteuerung nach Hamburger Vorbild. Vergleichbare Aufgaben sollen mit vergleichbaren Stellenprofilen, Anforderungen und Entwicklungsperspektiven verbunden sein. Personalgewinnung muss früher, schneller und digitaler erfolgen. Gleichzeitig wollen wir Arbeitsabläufe durch Prozessoptimierung, Digitalisierung und den sinnvollen Einsatz von KI erheblich entlasten.

Kompetenzorientierung bedeutet für uns, Beschäftigte dort einzusetzen, wo ihre Fähigkeiten tatsächlich erforderlich sind. Standardvorgänge und Dokumentationsarbeit sollen so weit wie rechtlich und technisch vertretbar digital unterstützt werden. Außendienst, Kontrolle und anspruchsvolle Einzelfallentscheidungen bleiben dagegen Aufgaben qualifizierter Mitarbeiter.

Diese Verwaltungsmodernisierung ist für uns ein Projekt der gesamten kommenden Wahlperiode. Maßnahmen wie einheitliche digitale Prozesse, bessere Datenflüsse und eine zentralere Personalsteuerung müssen unmittelbar begonnen werden; die vollständige Neuordnung der Berliner Verwaltungsstrukturen ist naturgemäß eine größere Reform, die rechtliche und organisatorische Umsetzungsschritte erfordert.

**Befürwortet Ihre Partei die Installation von Überwachungskameras an bekannten Hotspots der illegalen Müllentsorgung? Im Befürwortungsfall: welchen konkreten Zeitplan hat Ihre Partei dafür?**

Wir befürworten keine pauschale oder anlasslose Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Vielmehr müssen Kosten und Nutzen anlassloser Videoüberwachung evaluiert und entsprechende Maßnahmen bei mangelndem Nutzen zurückgebaut werden. Der Schutz von Bürgerrechten ist für uns kein Hindernis funktionierender Ordnungspolitik, sondern Teil des Rechtsstaats.

Das bedeutet allerdings nicht, dass technische Maßnahmen unter allen Umständen ausgeschlossen wären. Bei einem konkreten und dauerhaft erheblich belasteten Müll-Hotspot kann eine räumlich und zeitlich eng begrenzte Maßnahme geprüft werden, sofern eine tragfähige Rechtsgrundlage besteht, sie nachweislich geeignet ist, mildere Mittel nicht ausreichen und Datenschutz sowie Verhältnismäßigkeit gewährleistet sind.

Gerade bei illegaler Müllentsorgung muss zudem nüchtern geprüft werden, ob eine Kamera tatsächlich einen relevanten Ermittlungserfolg erwarten lässt oder lediglich

zusätzliche Aufnahmen vieler unbeteiligter Passanten produziert. Der Nutzen muss belegbar sein.

Einen pauschalen berlinweiten Zeitplan für die Installation von Kameras lehnen wir deshalb ab. Eine grundrechtssensible Maßnahme muss anhand des konkreten Standorts und der konkreten Gefahren- beziehungsweise Vollzugslage entschieden werden, nicht aufgrund eines politischen Ausbauziels.

#### **4. Bekämpfung illegaler Gewerbeabfälle und Entsorgung von Gewerbeabfällen durch Entrümpelungsunternehmen**

**Ein großes Problem ist die Entsorgung durch unseriöse**

**Entrümpelungsunternehmen in Grünanlagen oder an anderen Orten. Unterstützen Sie den Vorschlag, dass solche Dienstleistungen erst nach Vorlage eines Entsorgungsnachweises („Quittung des Recyclinghofes“) bezahlt werden dürfen?**

Das Ziel des Vorschlags teilen wir ausdrücklich: Wer gewerblich gegen Bezahlung Abfälle übernimmt, darf sich keinen Wettbewerbsvorteil dadurch verschaffen, dass er Entsorgungskosten spart und den Müll anschließend der Allgemeinheit überlässt.

Bei dem vorgeschlagenen Instrument selbst sind wir zurückhaltender. Eine gesetzliche Regel, nach der sämtliche Entrümpelungsleistungen gegenüber privaten Kunden erst nach Vorlage einer bestimmten Recyclinghofquittung bezahlt werden dürfen, würde sehr unterschiedliche Sachverhalte über einen Kamm scheren. Nicht jede ordnungsgemäße gewerbliche Entsorgung erfolgt über denselben Recyclinghof, nicht jedes entrümpelte Gut wird zu Abfall, und Wiederverkauf, Wiederverwendung sowie unterschiedliche Entsorgungswege müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Wir halten deshalb einen belastbaren Nachweis ordnungsgemäßer Entsorgungswege bei einschlägigen gewerblichen Tätigkeiten für den zielgenaueren Ansatz als eine pauschale gesetzliche Veränderung der Fälligkeit privater Werk- oder Dienstleistungsverträge. Entscheidend ist für uns das Ergebnis: Seriöse Unternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Anbietern haben, die ihre Entsorgungskosten auf die Allgemeinheit abwälzen.

**Wie würden Sie eine solche Regelung rechtlich umsetzen und wären Sie bereit, dies durch eine entsprechende verbraucherpolitische Kampagne zu begleiten? Wie und in welchem Zeitrahmen setzt Ihre Partei eine solche Kampagne um?**

Da wir eine allgemeine gesetzliche Verknüpfung der Zahlungspflicht mit einer bestimmten Recyclinghofquittung in dieser Form nicht für das überzeugendste Instrument halten, würden wir eine Kampagne auch nicht auf eine solche noch zu schaffende Pflicht zuschneiden.



Sehr sinnvoll finden wir dagegen eine verbraucherorientierte Information darüber, woran seriöse Entrümpelungs- und Entsorgungsunternehmen zu erkennen sind und welche Nachweise sich Kunden über die ordnungsgemäße Entsorgung vorlegen lassen sollten. Verbraucher können damit selbst dazu beitragen, Geschäftsmodelle zu erschweren, deren niedrige Preise nur dadurch möglich werden, dass Entsorgungskosten illegal auf die Allgemeinheit verlagert werden.

Eine solche Information sollte nicht als teure klassische Werbekampagne organisiert werden, sondern möglichst zielgerichtet über die digitalen Angebote des Landes, die BSR, Bezirke sowie in Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen und relevanten Wirtschaftsorganisationen erfolgen.

Parallel sollte geprüft werden, welche Nachweis- und Kontrollmöglichkeiten für gewerbliche Abfalltransporte bereits bestehen, ob diese praktisch ausreichend genutzt werden und an welchen Stellen Vollzugslücken vorhanden sind. Erst wenn eine solche Vollzugsanalyse zeigt, dass zusätzliche gesetzliche Vorgaben tatsächlich erforderlich sind, sollte neues Recht geschaffen werden. Das entspricht unserem Grundsatz, bessere und vollziehbare Regeln zu schaffen, statt lediglich die Zahl der Vorschriften zu erhöhen.

Mit einer solchen Überprüfung und einer verbesserten Verbraucherinformation kann aus unserer Sicht zu Beginn der kommenden Wahlperiode begonnen werden. Für darüber hinausgehende gesetzliche Änderungen würden wir zunächst Zuständigkeit, Vollzugstauglichkeit und Bürokratiekosten prüfen.

### **Welche weiteren Vorschläge zum Umgang mit illegal „entsorgtem“ Gewerbemüll haben Sie?**

Wir sehen mehrere Ansatzpunkte, die ineinandergreifen müssen.

Erstens brauchen wir ein besseres Lagebild. Wiederkehrende Ablagerungen müssen nicht lediglich beseitigt, sondern hinsichtlich Ort, Zeitpunkt, Art und Menge systematisch ausgewertet werden. Größere Mengen gleichartiger Materialien können Hinweise auf gewerbliche Verursacher oder wiederkehrende Entsorgungswege geben. Eine datengetriebene Verwaltung erleichtert es, solche Muster zu erkennen.

Zweitens wollen wir klare Zuständigkeiten. Wir wollen die Reinigung der bislang bezirklich gereinigten Grünflächen auf die BSR übertragen. Damit entstehen eindeutige Verantwortlichkeiten und effizientere Strukturen. Wer eine illegale Ablagerung meldet, sollte nicht zuerst klären müssen, welche Berliner Behörde für genau diesen Quadratmeter zuständig ist.

Drittens müssen Erkenntnisse über gewerblich organisierte illegale Entsorgung schnell zwischen den zuständigen Stellen ausgetauscht werden. Bei wiederkehrenden oder professionell betriebenen Verstößen reicht die reine Beseitigung nicht. Das Geschäftsmodell muss getroffen werden: durch Kontrollen, konsequente Sanktionen und, soweit die rechtlichen Voraussetzungen bestehen, die Heranziehung der Verursacher zu den entstandenen Kosten.

Viertens wollen wir legale Entsorgungswege leistungsfähiger machen. Dazu gehören ausreichende Recyclingkapazitäten, gute Erreichbarkeit, häufigere BSR-Kieztage und intelligente Termin- und Logistiksysteme. Berlin soll zudem über eine starke Recyclingwirtschaft mit langfristig gesicherten Flächen verfügen.

Fünftens wollen wir technische Innovationen nutzen. Füllstandssensoren und digitale Fahrwegplanung gehören ebenso dazu wie die von uns vorgesehene Erprobung von Reinigungsrobotern für Parks und Grünanlagen. Technik ersetzt dabei weder die BSR noch Ordnungsbehörden, sie kann aber Beschäftigte von vermeidbarer Routinearbeit entlasten und Ressourcen schneller dorthin lenken, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Uns ist dabei ein Punkt besonders wichtig: Bürgerinitiativen wie Ihre dürfen nicht zum kostenlosen Ersatz für eine nicht funktionierende öffentliche Infrastruktur werden. Dass Menschen freiwillig Verantwortung für ihren Kiez übernehmen, ist ein großer Gewinn für Berlin. Die grundlegende Reinigung des öffentlichen Raums, eine funktionierende Entsorgungsinfrastruktur und die Durchsetzung des geltenden Rechts bleiben aber staatliche Kernaufgaben.

Wir danken Ihnen deshalb nicht nur für Ihre Anfrage, sondern ausdrücklich auch für Ihre praktische Arbeit in Wedding, Mitte und den angrenzenden Kiezen. Ihre Erfahrungen vor Ort sind für die Weiterentwicklung einer wirksamen Sauberkeits- und Ordnungspolitik wertvoll.

Für Rückfragen und einen weiteren persönlichen Austausch zu den vorgeschlagenen Maßnahmen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Fragen und Antworten auf Ihren Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl 2026